

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

## Anfrage Rüstungsexporte

### Rüstungsexporte

---

#### **1. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?**

DIE LINKE. stellt im Bundestag die einzige Fraktion, die ein gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten fordert. Die Fraktion DIE LINKE. will, dass deutsche Außenpolitik zu einer friedlicheren, sozialeren und gerechteren Welt beiträgt. Rüstungsexporte bewirken hingegen das genaue Gegenteil. In dieser Welt haben deutsche Waffenexporte nichts verloren. Wir unterstützen deshalb auch die Forderung der Aktion Aufschrei, ein Verbot in Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festzuschreiben.

---

#### **2. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontrollgesetz zusammengeführt werden?**

Die LINKE. begrüßt die Initiative, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu erlassen. Bereits im März 2011 haben wir im Antrag „Alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern stoppen“ (Drucksache 17/5039) die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ein Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geregelt wird. Dieser Antrag wurde sowohl von der Regierungskoalition, als auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Ein solches Gesetz darf keinesfalls nur die politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Waffenexport in Gesetzesrang erheben, worauf SPD und Grüne abzielen. Denn schließlich erlauben eben diese politischen Grundsätze alle momentanen Waffenexporte. Ein solches Gesetz müsste vielmehr mit seinen Bestimmungen ein vollständiges Waffenexportverbot regeln.

---

#### **3. Die große Zahl von Opfer durch Kleinwaffen ist erschreckend und nicht hinnehmbar. Wie setzen Sie sich für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?**

Die LINKE. setzt sich für ein sofortiges und umfassendes Verbot des Exports von Kleinwaffen ein. Kleinwaffen verursachen nicht nur mehr Opfer als jede andere Waffenart, sie verschärfen auch Konflikte und destabilisieren Gesellschaften. Bei einer durchschnittlichen Verwendungsdauer von 30 bis 50 Jahren stellt ihre massenhafte Verbreitung ein ernsthaftes Problem für den Frieden und die Sicherheit vieler Gesellschaften dar. Wenn heute die Bundesregierung einen Export von Kleinwaffen genehmigt, werden noch in einem halben Jahrhundert Menschen mit diesen Kleinwaffen getötet werden. Das Kleinwaffen-Exportverbot sollte uneingeschränkt gelten. Ausnahmen, zum Beispiel für NATO-Staaten, sind nicht sinnvoll. Sie böten ein Schlupfloch für die Weitergabe deutscher Kleinwaffen an Zwischenhändler in anderen Staaten.

---

#### **4. Wie setzen Sie sich für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?**

Deutsche Firmen verkaufen nicht nur Waffen, sondern sogar ganze Waffenfabriken, schlüsselfertig samt Maschinen, Fertigungsunterlagen und Ausbildung. Formal muss die Vergabe von Lizenzen zur Rüstungsproduktion in anderen Ländern gar nicht genehmigt werden. Allerdings brauchen die Firmen für die Ausfuhr von Produktionszeichnungen, Fertigungsunterlagen oder Herstellungs-maschinen eine Genehmigung der Bundesregierung. Ist eine Fabrik erst einmal aufgebaut, kann das entsprechende Land über viele Jahrzehnte die entsprechende Waffe oder Munition selbst produzieren. Die Waffen werden wiederum über viele Jahrzehnte weltweit im Umlauf sein. In der Regel wird zwar in einer schriftlichen Erklärung, der Endverbleibserklärung, zugesichert, dass die Produkte aus einer Lizenzvergabe nicht ohne Genehmigung der Bundesregierung weiter exportiert werden dürfen. Diese Erklärung ist jedoch wertlos, denn die Bundesregierung kann und will am Ende überhaupt nicht kontrollieren, ob Waffen nicht doch weiter exportiert werden. Vor-Ort-Prüfungen gibt es nicht, obwohl diese z. B. bei den USA fester Bestandteil der Exportkontrolle sind.

Mit solch einer Praxis muss endlich Schluss sein. DIE LINKE. ist für ein Verbot aller Lizenzvergaben von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter und hat mit zahlreichen Anträgen im Bundestag versucht, Mehrheiten dafür zu erreichen. Diese Forderung ist eine von vier Teilverbotsforderungen der Fraktion DIE LINKE. auf dem Weg zu einem Totalverbot von Rüstungsexporten.

---

**5. Wie setzen Sie sich für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?**

Das Geschäft mit dem Krieg befördert die Bundesregierung, indem sie Rüstungsunternehmen den Verkauf von Waffen an andere Länder großzügig genehmigt. Aber die Bundesregierung geht noch weiter und unterstützt die Waffenexporte mit vielen Mitteln – auch mit Steuergeldern. So werden Rüstungsexportgeschäfte durch Hermes-Bürgschaften abgesichert. Damit werden Teile des Unternehmensrisikos von der Bundesregierung zu Lasten der SteuerzahlerInnen übernommen. Wenn alles im Sinne der Industrie läuft und die Empfängerländer wie geplant zahlen, wird dieses Geld nicht in Anspruch genommen. Läuft es schlecht, bekommen die Unternehmen ihr Geld zu Lasten der Steuerzahlerinnen zurück.

Diese staatliche Förderung des Waffenhandels durch die Bundesrepublik muss endlich gestoppt werden: Auch die Vorfinanzierung oder finanzielle Absicherung mit Steuergeldern, aber auch die Gewährung von Ausbildungsleistungen für solche Waffen müssen gesetzlich verboten werden.